

21. JUNI 2018

188/18

Dringlichkeitsantrag

des FPÖ-Landtagsklubs bzw. der Abgeordneten KO Markus Abwerzger, KO-Stv. Evelyn Achhorner, Alexander Gamper, Patrick Haslwanter und Christofer Ranzmaier

Task Force gegen Sozialbetrug installieren

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sofort eine Task Force gegen Sozialbetrug in den zuständigen Abteilungen einzurichten. Die Mitarbeiter dieser Gruppe sollen sicherstellen, dass Bezieherinnen und Bezieher, bzw. juristische Personen Leistungen der öffentlichen Hand nicht zu Unrecht beziehen.“

Begründung:

Die Tiroler Medien meldeten im heurigen Frühjahr über einen großangelegten Sozialbetrug: „Zwölf Jahre lang hat eine 39-jährige Österreicherin die Behörden an der Nase herumgeführt und sich mehr als 100.000 Euro an Sozialleistungen erschlichen: Die in Jenbach gemeldete Frau zog im Jahr 2006 mit ihren damals zwei- und dreijährigen Kindern in die Türkei, meldete diesen Umzug aber nicht. Im Gegenteil: Sie ließ die Behörden im Glauben, dass sie sich nach wie vor in Jenbach aufhielt. Um den Schein zu wahren, behielt sie ihre Gemeindewohnung und zahlte die Miete von ihrem österreichischen Konto weiter. Für Behördengänge kam die Frau regelmäßig auf Kurzbesuch nach Tirol. Die 39-Jährige erschlich sich so jahrelang Sozialleistungen wie Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Unterhaltsvorschusszahlungen und Notstandshilfe in der Höhe von rund 100.000 Euro. Diese Leistungen stehen einem nur dann zu, wenn man seinen Lebensmittelpunkt auch tatsächlich in Österreich hat.“ (<http://www.tt.com/panorama/verbrechen/14341882-91/sozialbetrug-jenbacherin-brachte-beh%C3%B6rden-um-rund-100.000-euro.csp>) Nun sind derartige Vorfälle keine Seltenheit. Beispielsweise erschlich sich in

Oberösterreich ein Sozialverein für Menschen mit Behinderungen, welcher Rechnungen mit gefälschten und überhöhten Beträge an die Sozialabteilung des Landes verrechnet haben soll. Schadenssumme betrug nach Auskunft der oberösterreichischen Soziallandesrätin 2,7 Millionen Euro. (<https://www.meinbezirk.at/land-oberoesterreich/politik/sozialbetrug-in-ooe-insgesamt-27-millionen-euro-schaden-d2537955.html>) Fakt ist, dass im Bereich der Mindestsicherung, hier besonderes Augenmerk gelegt werden muss. Beispiel: „Ein 60-jähriger syrischer Asylberechtigter und Mindestsicherungsbezieher flog in der Zeit zwischen dem 06.10.2016 und 02.12.2016 sowie zwischen dem 30.08.2017 und 19.02.2018 in den Irak und unterließ es dabei diese Auslandsaufenthalte der Mindestsicherungsbehörde zu melden.“ (http://www.regionews.at/newsdetail/Innsbruck_Schwerer_Betrug_bei_der_Mindestsicherung-177612) Oder ein jüngerer Fall aus Wien. Wonach eine 53-jährige Frau durch Sozialbetrug rund 70.000 Euro kassiert hat. Sie bezog laut Polizei seit 2010 Mindestsicherung, ging aber einer Arbeit nach. (<http://wien.orf.at/news/stories/2918071/>). Derartige Vorfälle beweisen, dass Handlungsbedarf gegeben ist. Ist doch die Anzahl der Mindestsicherungsbezieher in Tirol so hoch wie noch nie. Im Jahr 2016 haben allein 3.541 Asylberechtigte Mindestsicherung in Tirol bezogen, was ein Viertel aller Bezieher ausmachte. Da, die Exekutive und die Finanzbehörden, wenig Chancen haben Betrugshandlungen aufzudecken, da sie zu wenig Informationen aus der Bevölkerung erhalten, muss nun das Land tätig werden und die rechtmäßige Verwendung von Leistungen der öffentlichen Hand kontrollieren, woraus sich auch die Dringlichkeit dieses Antrages ableitet.

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Pflege und Soziales: Ausschuss für Gesellschaft, Bildung, Kultur und Sport

Innsbruck, Juni 2018

